

Rechenschaftsbericht November 2021

Bedingt durch die Maßnahmen zur Eindämmung der Corona-Pandemie, blieb die Arbeit des Referates für Hochschulpolitik auch in diesem Monat weitestgehend digital.

Im „freien Zusammenschluss von student*innenschaften“ (fzs) sind wir in den Ausschüssen ‚Finanzen‘, ‚Frauen- und Genderpolitik‘ und ‚Politische Bildung‘ vertreten. Der PolBil-Ausschuss plant mehrere konkrete Projekte, wie bspw. die Kampagne „Never again! - Aktionstage gegen autoritäre und faschistische Tendenzen“.

Für das Bündnis zum 50. Geburtstag des BAFöG, welches sich auf Initiative des fzs gegründet hat, möchten wir gemeinsam mit dem Sozial- und dem Öffentlichkeitsreferat Öffentlichkeitsarbeit leisten. Dafür haben wir vom fzs 10.000 Flyer erhalten, die in den kommenden Monaten an die Studierenden verteilt werden. Wir haben einen Stand auf dem Campus errichtet, wo wir über die Reformideen des Bündnisses berichtet und die zugehörige Petition beworben haben. Auf diese Weise konnten wir schon einige Unterschriften sammeln. Übrige Flyer sollen dann gemeinsam mit den vom Öffentlichkeitsreferat zu verteilen geplanten Stiften verteilt werden.

In letzter Zeit gab es zwei Sitzungen des Landes-Asten-Treffens (LAT). Es wurde über Lernplatzsituationen an den Unis gesprochen und sich über die verspätet fortgeführte Coronaschutzverordnung ausgetauscht. Die Regelungen zu Freiversuchen und zur Verlängerung der Regelstudienzeit wurden nicht übernommen. Dafür hat sich das Bündnis ‚Solidarsemester‘ gegründet, um mithilfe von Hilfsfonds solche Studierenden zu helfen, die sehr unter der andauernden Pandemie leiden.

Wir haben mit verschiedenen weiteren Gruppen und Personen, u.A. mit der Oberbürgermeisterin Katja Dörner, an einer Online-Diskussion zum in der Stadt geplanten Seilbahnprojekt teilgenommen. Es stehen alle anwesenden Gruppen dem Vorhaben positiv gegenüber. Als Vorbereitung für die Öffentlichkeitsstrategie des Projektes möchten wir ein Statement vorbereiten, in dem sich der AStA öffentlich positiv gegenüber dem Projekt positioniert.

Wir möchten außerdem demnächst den Koalitionsvertrag der Ampel-Koalition auf studentische Themen prüfen und ein Statement dazu planen.

Im Bonner Bündnis gegen Rechts (BBgR) wurde aufgrund der ‚Montagsspaziergänge‘ aus der ‚Querdenken‘-Bewegung die antifaschistische Arbeit verfrüht wieder aufgenommen. Gemeinsam mit einigen der Stadtratsfraktionen werden Gegendemonstrationen am Bonner Marktplatz geplant. Des Weiteren ist das vom Bündnis sehr kritisch begleitete Versammlungsgesetz NRW (VersG NRW) in leicht abgeschwächter Form zum ursprünglichen Antrag in Kraft getreten.

In unserer Beratungsstelle kamen viele Fälle von Anwesenheitspflichten auf. Solche können leider nur in Spezialfällen angefochten werden. Außerdem entsteht ein hohes Risiko für diese Studierenden, falls sie auf einen Abschluss in Regelstudienzeit angewiesen sind und ihre Anfechtung nicht klappt.

Die Veranstaltungsreihe „gesellschaft*macht*geschlecht“ (GMG) wird im AStA geplant und wir möchten weiterhin zwei Veranstaltungen einbringen.

Mit freundlichen Grüßen,



Ken Alan Berkpinar (Referent für Hochschulpolitik)